

Der Bezirksbürgermeister

Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld)

Geschäftsführung
Herr Schall

Telefon: (0221) 221-94313

Fax: (0221) 221-94342

E-Mail: armin.schall@stadt-koeln.de

Datum: 17.05.2016

Niederschrift

über die **16. Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld** in der Wahlperiode 2014/2020 am Montag, dem 18.04.2016, 17:00 Uhr bis 23:00 Uhr, Bezirksrathaus Ehrenfeld, Raum 116

Anwesend:

Bezirksbürgermeister

Herr Bezirksbürgermeister Josef Wirges SPD

Mitglieder der Bezirksvertretung

Frau Petra Bossinger	SPD
Frau Katrin Bucher	SPD
Herr Walter Leitzen	SPD
Herr Ralf Klemm	GRÜNE
Frau Julia Lottmann	GRÜNE
Frau Christiane Martin	GRÜNE
Frau Jennifer Mense	GRÜNE
Herr Martin Berg	CDU
Herr Dr. Michael Fischer	CDU
Frau Jutta Kaiser	CDU
Herr Christoph Besser	DIE LINKE
Herr Berndt Petri	DIE LINKE
Frau Diana Lantzen	FDP/PIRATEN
Frau Marlis Pöttgen	FDP/PIRATEN
Herr Harald Schuster	DEINE FREUNDE

Ratsmitglieder mit beratender Stimme

Herr Thor-Geir Zimmermann DEINE FREUNDE

Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter

Herr Kurt Geuer

Verwaltung

Herr Lothar Becker	Amt der Oberbürgermeisterin
Herr Jürgen König	Amt für Stadtentwicklung und Statistik
Herr Harald Krauß	Umwelt- und Verbraucherschutzamt
Herr Ralf Mayer	Bürgeramt Nippes
Frau Silke Rheinschmidt	Stadtplanungsamt
Frau Britta Schütz	Amt für Straßen und Verkehrstechnik

3-jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.

TOP 10.8.2: Neue Flächen für den Wohnungsbau
Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten-Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 18.04.2016

TOP 16.1: Neue Flächen für den Wohnungsbau
Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.04.2016

Der Dringlichkeitsantrag unter Tagesordnungspunkt 8.9 wird zusammen mit der Mitteilung unter Tagesordnungspunkt 12.10 behandelt. Herr Bezirksbürgermeister Wirges wird hierzu unter Tagesordnungspunkt 19 noch eine Information im nicht öffentlichen Sitzungsteil bekannt geben.

Der Tagesordnungspunkt 10.1 wird vorgezogen und nach Tagesordnungspunkt 3.1 behandelt.

Die Tagesordnungspunkte 10.8 (einschl. Änderungsanträge), 6.2.1, 7.1.1, 8.3 und 12.2 werden gemeinsam am Ende der öffentlichen Sitzung behandelt. Im Anschluss erfolgt im nichtöffentlichen Sitzungsteil die Behandlung der Anlage 3 zu Tagesordnungspunkt 10.8, gemeinsam mit dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE unter Tagesordnungspunkt 16.1.

Die Tagesordnungspunkte 10.10 und 10.11 werden zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 06.06.2016 geschoben.

Herr Berg (CDU-Fraktion) zieht den Antrag seiner Fraktion unter Tagesordnungspunkt 8.2 zurück.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt zunächst über den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag unter Tagesordnungspunkt 8.9 abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Aufnahme des gemeinsamen Dringlichkeitsantrages, TOP 8.9, in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion DIE LINKE unter Tagesordnungspunkt 16.1 abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld stimmt der Aufnahme des Dringlichkeitsantrages der Fraktion DIE LINKE, TOP 16.1, in die Tagesordnung zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt nun über die Tagesordnung in der erweiterten Form abstimmen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld ist mit der vorliegenden erweiterten Tagesordnung einverstanden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Aktuelle Stunde

2 Einwohnerfragestunde

3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Neubau eines Hotels im Betriebshof des denkmalgeschützten Flughafenensembles Butzweilerhof sowie diverse Anbauten (Az.: 02-1600-17/16)
0825/2016

4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates

5 Annahme von Schenkungen

6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

6.1 Anfrage zur Verkehrsplanung Vogelsanger Str./ Heliosschule
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2016
AN/0199/2016

6.1.1 Verkehrsplanung Vogelsanger Str./Heliosschule
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 01.02.2016, TOP 7.2
0985/2016

6.2 Alsdorfer Straße: Sachstand Umsetzung Rahmenplanung und Wohnungsbauprogramm 2015
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 25.02.2016
AN/0412/2016

- 6.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke in der Bezirksvertretung 4 - Ehrenfeld vom 26.02.2016 betreffend Alsdorfer Straße: Sachstand Umsetzung Rahmenplanung und Wohnungsbauprogramm 2015
AN/0412/2016
1205/2016

- 6.3 Gutachten zur Gesamtschule Wasseramselweg
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 28.02.2016
AN/0446/2016

- 6.3.1 Gutachten zur Gesamtschule Wasseramselweg
hier: Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU-Fraktion zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 14.03.2016, TOP 7.4
1183/2016

- 7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**

- 7.1 Sach- und Planungsstand der Wohnungsbauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 08.03.2016
AN/0487/2016

- 7.1.1 Sach- und Planungsstand der Wohnungsbauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld
AN/0847/2016
1167/2016

- 7.2 Zweckentfremdungen im Stadtbezirk Ehrenfeld – Leerstände und stillgelegte Bauvorhaben
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016
AN/0551/2016

- 7.2.1 Sachstandsinformation zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend "Zweckentfremdung im Stadtbezirk Ehrenfeld - Leerstände und stillgelegte Bauvorhaben"
1336/2016

- 7.3 Bushaltestelle Lessingstraße
Anfrage der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0557/2016

- 7.4 Gebäude auf dem Grundstück neben dem Gebäude Ehrenfeldgürtel 79
Anfrage der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0558/2016
- 7.4.1 Beantwortung der Anfrage in der FDP/Piratenfraktion in der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 04.04.2016 betreffend Gebäude auf dem Grundstück neben dem Gebäude Ehrenfeldgürtel 79
AN/0558/2016
1257/2016
- 7.5 Abbau von Spielgeräten / Übersicht und aktueller Planungsstand der Spielplatzflächen im Bezirk Ehrenfeld
Anfrage der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0559/2016
- 7.6 Abriss des Hauses Frohnhofstr. 72 und Baumfällung
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.04.2016
AN/0571/2016
- 7.6.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Ehrenfeld betreffend den Abriss des Hauses Frohnhofstraße und Baumfällung, AN/0571/2016
1357/2016
- 7.7 Baumfällung und Ersatzpflanzung auf der Leyendeckerstr.
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.04.2016
AN/0572/2016
- 7.7.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Baumfällung und Ersatzpflanzung auf der Leyendecker Straße
1268/2016
- 7.8 Anfrage zur aktuellen Marktplanung Neptunplatz
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2016
AN/0669/2016
- 8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)**
- 8.1 Prüfantrag: Einrichtung einer Sackgasse in der Philippstraße
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2016
AN/0565/2016
- 8.1.1 Ergänzungsantrag zu 8.1
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2016
AN/0680/2016

- 8.2 Beleuchtung Fußgängerüberweg / Kreuzung Vogelsangerstraße und Piusstraße
Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2016
AN/0441/2016
- 8.3 Wohnen mit Parkblick – Lärmschutzdeckel aus Wohnbauten über der A57
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016
AN/0550/2016
- 8.4 Fußgängerüberweg auf der Margareta-/ Iltisstraße zwischen Äußerer Kanalstraße und August-von-Willich-Straße
Antrag der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0561/2016
- 8.5 Überweg Butzweiler Straße
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0575/2016
- 8.6 Beginn der Planung zur Verlegung / Veränderung der VENLOER Straße
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0566/2016
- 8.7 Ehrenfeld wächst! - Baumreport 2015/2016
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016
AN/0552/2016
- 8.8 Demokratie braucht Information und Transparenz! – Bürgerinformationsmonitor der Bezirksvertretung in der Wartehalle des Bürgeramtes Ehrenfeld
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016
AN/0553/2016
- 8.9 Abrissmoratorium zum Erhalt des alten Verwaltungsgebäudes samt vorgelagerter Zaun- und Gartenanlage der ehemaligen Lackfabrik Herbol/Herbig-Haarhaus AG, Vitalisstraße, Köln-Bickendorf
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Piraten-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 12.04.2016
AN/0682/2016
- 9 Entscheidungen**
- 9.1 Grevenbroicher Straße in Höhe Lerchenweg
2861/2015
- 9.2 Dritte Vergabe der bezirklichen Finanzmittel 2016
1194/2016

- 9.3 Bürgerzentrum Ehrenfeld - sozialkulturelles Zentrum e.V.
Hier: Wahl der Parteienvertreter in den Vorstand des Trägervereins
1291/2016

10 Anhörungen und Stellungnahmen

- 10.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BIm-SchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung
2422/2015
Die Beschlussvorlage wurde am 30.10.2015 per Sammelumdruck versandt.
- 10.1.1 Änderungsantrag zu TOP 10.1: Lärmaktionsplanung (Vorlage 2422/2015)
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2016
AN/0496/2016
- 10.1.2 Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.03.2016
AN/0540/2016
- 10.1.3 Änderungsantrag zu TOP 10.1: Lärmaktionsplanung (Vorlage 2422/2015)
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2016
AN/0721/2016
- 10.2 Konzept Essbare Stadt Köln
0514/2016
- 10.2.1 Änderungsantrag: Gesamtkonzept Essbare Stadt
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 11.04.2016
AN/0672/2016
- 10.2.2 Konzept Essbare Stadt Köln (Vorlagen-Nr. 0514/2016)
Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 18.04.2016
AN/0766/2016
- 10.3 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015
Die Beschlussvorlage wurde am 04.03.2016 per Sammelumdruck versandt.
- 10.4 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
2877/2015
Die Beschlussvorlage wurde am 08.03.2016 per Sammelumdruck versandt.

- 10.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu 10.4 - Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.04.2016
AN/0724/2016
- 10.5 Umbenennung der Gemeinschaftsgrundschule Kaiserescher Straße 5, 50935 Köln (Sülz) in "Heliosschule - Primarstufe - Inklusive Universitätsschule der Stadt Köln"
0909/2016
- 10.6 Zügigkeitserweiterung des Montessori-Gymnasiums Rochusstraße in Köln-Ehrenfeld zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0935/2016
- 10.7 Zügigkeitserweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule Tollerstraße in Köln-Bocklemünd/ Mengenich zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0941/2016
- 10.8 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015
Die Beschlussvorlage wurde am 24.03.2016 per Sammelumdruck versandt.
- 10.8.1 Änderungsantrag zu TOP 10.8: Umsetzung STEK Wohnen; hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau (Vorlage 1028/2015)
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 12.04.2016
AN/0681/2016
- 10.8.2 Änderungsantrag Neue Flächen für den Wohnungsbau
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten-Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 18.04.2016
AN/0788/2016
- 10.9 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1
Die Beschlussvorlage wurde am 01.03.2016 per Sammelumdruck versandt.
- 10.9.1 Änderungsantrag zu TOP 10.9, Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen); hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2016
AN/0731/2016

- 10.10 Stilllegung der städtischen Altdeponie Butzweiler Straße in Köln Ossendorf
Hier: Bauleistungen zur Herstellung der Oberflächenabdichtung
0270/2016
Die Beschlussvorlage wurde am 11.04.2016 per Sammelumdruck versandt.
- 10.11 Sportanlage Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang
hier: Generalsanierung der Sportanlage Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang mit
Errichtung eines Kunstrasenspielfeldes
0983/2016
- 11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters**
- 12 Mitteilungen der Verwaltung**
- 12.1 Information der Bezirksvertretungen über die Fällung städtischer Bäume im
Zuständigkeitsbereich des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0112/2016
- 12.2 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016
- 12.3 Optimierung Radverkehrsführung Melatengürtel
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion; der Fraktion Bündnis90/Die
Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) zur Sitzung der
Bezirksvertretung Ehrenfeld am 02.02.2015, TOP 8.1
0946/2016
- 12.4 Mitteilung über erfolgte Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses
0919/2016
- 12.5 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der Stadt-
AG Lesben, Schwule und Transgender sowie des Ausschusses für Anregun-
gen und Beschwerden
0887/2016
- 12.6 Projektantrag der Stadt Köln im Rahmen des Bundesprogramms "Sanierung
kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" nicht
für eine Förderung ausgewählt
0999/2016
- 12.7 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2016
1031/2016
- 12.8 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2016
0461/2016

- 12.9 Sanierung Bürgerzentrum Ehrenfeld
1196/2016
- 12.10 Abriss des ehem. Verwaltungsgebäudes der Herbig-Haarhaus AG
1315/2016

13 mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

14 Anfragen aus vergangenen Sitzungen

15 Neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

16 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

- 16.1 Neue Flächen für den Wohnungsbau
AN/0732/2016

17 Entscheidungen

18 Anhörung und Stellungnahme

- 18.1 Anlage 3 zur Beschlussvorlage Umsetzung STEK Wohnen; hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau (1028/2015)

19 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

- 19.1 Flüchtlingssituation

20 Mitteilungen der Verwaltung

21 mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

- 1 Aktuelle Stunde**
- 2 Einwohnerfragestunde**
- 3 Anregungen und Beschwerden, Einwohneranträge, Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gemäß §§ 24, 25 und 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 3.1 Bürgereingabe gem. § 24 GO, betr.: Neubau eines Hotels im Betriebshof des denkmalgeschützten Flughafenensembles Butzweilerhof sowie diverse Anbauten (Az.: 02-1600-17/16) 0825/2016**

Der Petent erläutert seine Eingabe und legt dar, dass der alte Kölner Flughafen Butzweilerhof aus seiner Sicht eine herausragende luftfahrthistorische Bedeutung hat.

Nach kurzer Beratung entscheiden die Fraktionen, die Beschlussvorlage zu schieben und die Verwaltung zunächst um weitergehende und umfassende Informationen zu dem Bauvorhaben zu bitten.

Die Beschlussvorlage wird bis zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 06.06.2016 zurückgestellt.

- 4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates**
- 5 Annahme von Schenkungen**
- 6 Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen**
- 6.1 Anfrage zur Verkehrsplanung Vogelsanger Str./ Heliosschule
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 24.01.2016
AN/0199/2016**
- 6.1.1 Verkehrsplanung Vogelsanger Str./Heliosschule
hier: Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Sitzung der
Bezirksvertretung Ehrenfeld am 01.02.2016, TOP 7.2
0985/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

6.2 Alsdorfer Straße: Sachstand Umsetzung Rahmenplanung und Wohnungsbauprogramm 2015
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 25.02.2016
AN/0412/2016

6.2.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Die Linke in der Bezirksvertretung 4 - Ehrenfeld vom 26.02.2016 betreffend Alsdorfer Straße: Sachstand Umsetzung Rahmenplanung und Wohnungsbauprogramm 2015
AN/0412/2016
1205/2016

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.
Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 10.8 verwiesen.

6.3 Gutachten zur Gesamtschule Wasseramselweg
Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 28.02.2016
AN/0446/2016

6.3.1 Gutachten zur Gesamtschule Wasseramselweg
hier: Gemeinsame Anfrage der SPD-Fraktion, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, CDU-Fraktion zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 14.03.2016, TOP 7.4
1183/2016

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.
Zu Frage 2 bittet Frau Bucher (SPD-Fraktion) darum, dass die Verwaltung sobald wie möglich mitteilt, wie konkret die Beschlüsse der Bezirksvertretungen Ehrenfeld und Lindenthal in der fortlaufenden Untersuchung berücksichtigt werden. Auf Nachfrage von Frau Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) bestätigt Frau Schütz (Amt für Straßen und Verkehrstechnik), dass die Beschlüsse den Gutachtern zugeleitet wurden.

7 neue Anfragen gemäß §§ 4 und 38 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

7.1 Sach- und Planungsstand der Wohnungsbauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 08.03.2016
AN/0487/2016

7.1.1 Sach- und Planungsstand der Wohnungsbauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld
Anfrage der Fraktion DIE LINKE. BV Ehrenfeld
AN/0847/2016
1167/2016

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.
Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 10.8 verwiesen.

7.2 Zweckentfremdungen im Stadtbezirk Ehrenfeld – Leerstände und stillgelegte Bauvorhaben
Anfrage der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016
AN/0551/2016

7.2.1 Sachstandsinformation zur Anfrage der Fraktion DIE LINKE betreffend "Zweckentfremdung im Stadtbezirk Ehrenfeld - Leerstände und stillgelegte Bauvorhaben"
1336/2016

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Sachstandsmitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7.3 Bushaltestelle Lessingstraße
Anfrage der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0557/2016

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.4 Gebäude auf dem Grundstück neben dem Gebäude Ehrenfeldgürtel 79
Anfrage der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0558/2016

7.4.1 Beantwortung der Anfrage in der FDP/Piratenfraktion in der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 04.04.2016 betreffend Gebäude auf dem Grundstück neben dem Gebäude Ehrenfeldgürtel 79
AN/0558/2016
1257/2016

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) fragt nach, ob der Verwaltung bekannt ist, dass von dem auf dem Grundstück Ehrenfeldgürtel 81-83 stehenden Gebäude nur noch die Grundmauern stehen. Sie habe den Eindruck, dass niemand Interesse an der Entwicklung des Grundstückes habe, auf dem aus ihrer Sicht sehr gut Wohnbebauung realisiert werden könne.

Herr Petri (Fraktion DIE LINKE) merkt an, dass er die Antwort zu Frage 3 nicht nachvollziehen kann, da beispielsweise bei der Planung für das Heliosgelände die Nähe zur Bahn aus Sicht der Verwaltung keine Rolle gespielt habe.

Frau Rheinschmidt (Stadtplanungsamt) führt hierzu aus, dass beim Heliosgelände eine Blockrandbebauung, bei der im Blockinneren auch ruhige Bereiche realisierbar sind, möglich ist. Für den Bereich „Dreieck südlich Bahnhof Ehrenfeld“ hingegen gibt die städtebauliche Konfiguration dies nicht her. Daher ist es nach Einschätzung der Fachverwaltung schwierig, in diesem Bereich eine Bebauungsplanfestsetzung so zu gestalten, dass die rechtlich hohen und zwingend einzuhaltenden Anforderungen an den Lärmschutz erfüllt sind. Bei einer Bebauung nach § 34 BauGB sind die Anforderungen an den Lärmschutz geringer.

Im Übrigen handelt es sich bei dem in Rede stehenden Grundstück um Privateigentum, die Planungen des Eigentümers zur künftigen Gestaltung / Nutzung des Grundstücks sind nicht bekannt.

Frau Kaiser (CDU-Fraktion) kann die Ausführungen von Frau Rheinschmidt nicht nachvollziehen und bittet um neue Beantwortung. Beispielhaft verweist sie auf Beschlüsse zur Bebauung von Grundstücken in der Glasstraße und der Subbelrather Straße.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) bittet die Verwaltung um Mitteilung, welches Planungsrecht durch die Politik geschaffen werden kann, um in dem Bereich eine Wohnbebauung voranzutreiben.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) kritisiert, dass das im Jahr 2012 von der Bezirksvertretung Ehrenfeld initiierte Bebauungsplanverfahren durch die Verwaltung nicht mehr verfolgt wird und die Bezirksvertretung Ehrenfeld nur beiläufig darüber informiert wird. Sie schlägt vor, die weitere Diskussion im nichtöffentlichen Sitzungsteil zu führen.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges merkt an, dass bei der Beantwortung von Anfragen nach der Geschäftsordnung keine Aussprache und keine Statements, sondern nur Nachfragen zulässig sind. Er schließt die Diskussion und ruft den nächsten Tagesordnungspunkt auf.

7.5 Abbau von Spielgeräten / Übersicht und aktueller Planungsstand der Spielplatzflächen im Bezirk Ehrenfeld

Anfrage der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016

AN/0559/2016

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

7.6 Abriss des Hauses Frohnhofstr. 72 und Baumfällung

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 05.04.2016

AN/0571/2016

**7.6.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Ehrenfeld betreffend den Abriss des Hauses Frohnhofstraße und Baumfällung, AN/0571/2016
1357/2016**

Herr Klemm (Bündnis 90/Die Grünen) fordert die Verwaltung auf, zu Ziffer 5 der Anfrage spätestens zur nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 06.06.2016 eine Antwort zu liefern. Im Übrigen bittet er um eine ausführlichere Begründung, warum ein Verlegen der Durchfahrt für das Bauvorhaben nicht möglich war.

**7.7 Baumfällung und Ersatzpflanzung auf der Leyendeckerstr.
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 04.04.2016
AN/0572/2016**

**7.7.1 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
hier: Baumfällung und Ersatzpflanzung auf der Leyendecker Straße
1268/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Antwort der Verwaltung zur Kenntnis.

**7.8 Anfrage zur aktuellen Marktplanung Neptunplatz
Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2016
AN/0669/2016**

Die Antwort der Verwaltung liegt noch nicht vor.

8 Anträge gem. §§ 3, 38 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen i.V.m. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS (Entscheidungen) oder gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO (Vorschläge und Anregungen)

**8.1 Prüfantrag: Einrichtung einer Sackgasse in der Philippstraße
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.03.2016
AN/0565/2016**

**8.1.1 Ergänzungsantrag zu 8.1
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11.04.2016
AN/0680/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Frau Bossinger (SPD-Fraktion) erläutert.

Frau Martin (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Geänderter Beschluss:

1. Die Philippstraße im Stadtteil Ehrenfeld wurde aufgrund von Bauarbeiten über mehrere Wochen zur Sackgasse.
Die Verwaltung beauftragt zu prüfen,
 - ob und wie die Philippstraße dauerhaft als Sackgasse eingerichtet werden kann.
 - wie die Belieferung des geplanten Supermarktes bei Einrichtung einer Sackgasse erfolgen kann.
2. **Die Verwaltung soll die Einbahnstraßenregelung zwischen Venloer Straße/Subbelrather Straße und Innerer Kanalstraße/Gürtel insgesamt überprüfen – insbesondere unter zwei Gesichtspunkten:**
 - a) **Das regelwidrige Abbiegen von der Klarastraße nach links in die Stammstraße und dann in die Wissmannstraße soll unterbunden werden, so dass kein Durchgangsverkehr von der Venloer Straße zur Subbelrather Straße entsteht (durch bauliche Maßnahmen oder veränderte Einbahnstraßenführung).**
 - b) **Die Anlieferung eines neuen Rewe im ehemaligen Woolworth muss verträglicher als bisher geplant erfolgen (nicht über Stammstraße).**

Das Ergebnis ist der BV-Ehrenfeld vor der Umsetzung vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.2 Beleuchtung Fußgängerüberweg / Kreuzung Vogelsangerstraße und Piusstraße **Antrag der CDU-Fraktion vom 29.02.2016** **AN/0441/2016**

Der Antrag wird zurückgezogen.

8.3 Wohnen mit Parkblick – Lärmschutzdeckel aus Wohnbauten über der A57 **Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016** **AN/0550/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Petri (Fraktion DIE LINKE) erläutert.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

eine Überbauung der BAB 57 mit Wohnbauten zu prüfen, vorrangig im Bereich zwischen Ossendorfer Straße und Wöhlerstraße. Dabei ist sicherzustellen, dass mindestens 30 Prozent sozial geförderter Wohnungsbau sind.

Zu prüfen wäre auch, wie eine Überbauung für einen Fahrradschnellweg zu nutzen wäre.

Wir bitten insbesondere darzustellen unter Berücksichtigung der Flächenpotentiale:

- 1) Anzahl der möglichen Wohneinheiten
- 2) Eine grobe Kostenschätzung der Überbauung
- 3) Mögliche Finanzierungsmöglichkeiten (EU, Bund, Land).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) ist bei der Abstimmung nicht anwesend.

8.4 Fußgängerüberweg auf der Margareta-/ Ittisstraße zwischen Äußerer Kanalstraße und August-von-Willich-Straße Antrag der FDP-Piraten-Fraktion vom 04.04.2016 AN/0561/2016

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Frau Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) erläutert.

Auf Nachfrage von Herrn Petri (Fraktion DIE LINKE) zum Sachstand des Beschlusses der Bezirksvertretung Ehrenfeld zur Einrichtung einer weiteren Querungsmöglichkeit auf der Margaretastraße in Höhe der Henriette-Ackermann-Straße (TOP 8.6 der Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 28.09.2015) führt Frau Schütz (Amt für Straßen und Verkehrstechnik) aus, dass wegen der dort fahrenden Straßenbahn wahrscheinlich nur eine Signalisierung oder eine Z-Querung realisierbar ist und die Maßnahme auch mit der KVB abgestimmt werden muss. Dies führt dazu, dass die Umsetzung des Beschlusses entsprechend aufwändig ist.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung zu prüfen, an welcher Stelle auf der Margareta-/ Ittisstraße zwischen Äußerer Kanalstraße und August-von-Willich-Straße ein Fußgängerüberweg oder eine Überquerungshilfe angelegt werden könnte.

Bei der Prüfung sollte auch berücksichtigt werden an welcher Stelle Kinder der Montessori Grundschule „Am Pisterhof“ auf ihrem Schulweg oder Kindergartenkinder der umliegenden Einrichtungen die Margareta-/Ittisstraße kreuzen oder kreuzen würden, um den Bedarf und die Lage des Überweges zu identifizieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**8.5 Überweg Butzweiler Straße
Antrag der SPD-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0575/2016**

Nach kurzer Beratung wird vereinbart, zunächst einen Ortstermin zu veranlassen. Der Antrag wird solange zurückgestellt.

**8.6 Beginn der Planung zur Verlegung / Veränderung der VENLOER Straße
Antrag der CDU-Fraktion vom 04.04.2016
AN/0566/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Berg (CDU-Fraktion) erläutert.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) teilt mit, dass ihre Fraktion dem Antrag nicht zustimmen wird, da dieser dazu führe, dass bereits festgelegte Prioritäten bei anderen Planungen wieder aufgehoben werden müssen.

Frau Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) merkt an, dass sich ihre Fraktion bei der Abstimmung enthalten wird.

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) hält den Beschluss für entbehrlich, da die Bezirksvertretung Ehrenfeld bereits in ihrer Sitzung am 14.03.2016 ein eindeutiges Votum abgegeben hat. Seine Fraktion wird daher gegen den Antrag stimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beauftragt die Verwaltung, unverzüglich mit der Planung der Verlegung / Veränderung der VENLOER Straße im Bereich Bickendorf, Äußerer Kanalstraße, Wilhelm-Mauser-Straße, Vitalisstraße, Rochusstraße und Rochus Kapelle zu beginnen und der Bezirksvertretung Ehrenfeld vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Piraten-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster abgelehnt.

**8.7 Ehrenfeld wächst! - Baumreport 2015/2016
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016
AN/0552/2016**

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Besser (Fraktion DIE LINKE) erläutert.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

die Bezirksvertretung Ehrenfeld über neu angepflanzte Bäume in der Pflanzperiode 2015/2016 zu informieren.

Die Verwaltung wird gebeten, der Bezirksvertretung einen jährlichen Bericht über die Anzahl, Art und den Ort der u.a. mit den Stadtverschönerungs- und -klimamitteln neu angepflanzten Bäume vorzulegen, vergleichbar den Mitteilungen aus den Jahren 2008 und 2013 (Ds. Nr. 5069/2007/3 bzw. Ds. Nr. 3468/2013/4).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8.8 Demokratie braucht Information und Transparenz! – Bürgerinformationsmonitor der Bezirksvertretung in der Wartehalle des Bürgeramtes Ehrenfeld

Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 03.04.2016

AN/0553/2016

In Ergänzung zu der vorliegenden schriftlichen Begründung wird der Antrag nochmals mündlich durch Herrn Petri (Fraktion DIE LINKE) erläutert.

Herr Klemm (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung um eine Sachstandsmitteilung betreffend die Umsetzung des Beschlusses der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 24.08.2015 zur Aufstellung von Bürgerinformationstafeln in den Stadtteilen Ehrenfelds. Die Antwort wird durch die Verwaltung nachgereicht.

Nach kurzer Diskussion wird folgender geänderter Beschluss zur Abstimmung gestellt:

Geänderter Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt **zu prüfen**,

im Wartebereich des Bürgeramtes einen Bürgerinformationsmonitor der Bezirksvertretung aufzustellen, der in elektronischer Form über die aktuellen Sachstände, Tagesordnungen, Beschlüsse und Termine der Bezirksvertretung informiert.

~~In diesem Zusammenhang bitten wir zu prüfen, inwieweit es möglich ist, vertiefende Informationen, wie sie über das Ratsinformationssystem zur Verfügung stehen, auch über ein interaktives Info-Terminal mit Touchscreen bereitgestellt werden können.~~

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen von Herrn Klemm (Bündnis 90/Die Grünen), Frau Martin (Bündnis 90/Die Grünen), Frau Mense (Bündnis 90/Die Grünen) und Herrn Schuster (Deine Freunde) und bei Enthaltung von Frau Lottmann (Bündnis 90/Die Grünen) zugestimmt.

**8.9 Abrissmoratorium zum Erhalt des alten Verwaltungsgebäudes samt vorgelagerter Zaun- und Gartenanlage der ehemaligen Lackfabrik Herbol/Herbig-Haarhaus AG, Vitalisstraße, Köln-Bickendorf
Gemeinsamer Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Piraten-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom
12.04.2016
AN/0682/2016**

Beschluss:

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beschließt ein Moratorium für den Bauantrag zum Abriss der ehemaligen Verwaltungszentrale der Herbol-Lackwerke/Herbig-Haarhaus AG an der Vitalisstraße in Bickendorf.
Während des Moratoriums soll in Gesprächen mit dem Eigentümer und der Verwaltung darauf hingearbeitet werden, das Gebäudeensemble einer neuerlichen Nutzung, die dem Symbol für die industriell geprägte Vergangenheit Bickendorfs und der langen und erfolgreichen Industriegeschichte des Stadtteils gerecht wird, zuzuführen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, der Bezirksvertretung Ehrenfeld die Stellungnahme des Amtes für Denkmalschutz vorzulegen, welche gegen den Erhalt des Gebäudekomplexes incl. des schmiedeeisernen Zaunes als Industriedenkmal spricht.
3. Die Verwaltung wird des Weiteren beauftragt, mit der Eigentümerin, der SEGRO Germany GmbH, in Kontakt zu treten, um dieser die Bedeutung des Bauwerks für den gesamten Stadtteil vor Augen zu führen und sie zu bitten, alle Möglichkeiten des Erhalts zu prüfen.
Zur Klärung der Möglichkeiten, die zum Erhalt und der Revitalisierung führen könnten, bittet die Bezirksvertretung den Bezirksbürgermeister um die kurzfristige Durchführung eines Ortstermins.
4. Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln wird gebeten, zu prüfen, inwieweit bei der Herbol-Lackfabrik in der Zeit zwischen 1938 und 1945 jüdische Männer und Frauen sowie ausländische Zwangsarbeiter/innen und Kriegsgefangene zur kriegswichtigen Produktion zur Arbeit gezwungen wurden.
5. Die Verwaltung wird darüber hinaus gebeten, zu überprüfen, ob rechtliche Mittel eingelegt werden können, die den Erhalt des Bauwerkes durch den Eigentümer zur Folge hätten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

9 Entscheidungen

9.1 Grevenbroicher Straße in Höhe Lerchenweg 2861/2015

Herr Leitzen (SPD-Fraktion) begrüßt die Beschlussvorlage und dankt der Verwaltung für die gute Planung. Allerdings sollten die Wertstoffcontainer aus seiner Sicht nicht auf dem Bürgerplatz zwischen den Bäumen platziert werden, da dieser als Ort der Begegnung und Ruhe erhalten werden soll. Des Weiteren ist bei der Einrichtung der Parkstreifen die Einfahrt des dort ansässigen Weinhändlers zu berücksichtigen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung mit dem Ausbau der Grevenbroicher Straße in Höhe des Seniorenheimes St. Brigida (Hausnummer 43/Lerchenweg) gemäß der in Anlage 1 beigefügten Planung mit Gesamtkosten in Höhe von 180.000,- €.

Entgegen der vorgelegten Planung ist hierbei ist zu beachten, dass die Wertstoffcontainer nicht auf dem Bürgerplatz zwischen den Bäumen platziert werden, da dieser Platz als Ort der Begegnung und Ruhe für die Bürgerinnen und Bürger zu erhalten ist. Daher ist für die Wertstoffcontainer eine andere Abstellfläche zu suchen bzw. es sollen versenkbare Wertstoffcontainer geplant werden.

Des Weiteren ist bei der Einrichtung der Parkstreifen die Einfahrt des dort ansässigen Weinhändlers zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

9.2 Dritte Vergabe der bezirklichen Finanzmittel 2016 1194/2016

Herr Bezirksbürgermeister Wirges teilt mit, dass er an der Abstimmung über die Beschlussvorlage nicht teilnimmt. Er gibt die Sitzungsleitung zu diesem Tagesordnungspunkt an den stellvertretenden Bezirksbürgermeister Herrn Klemm ab.

Beschluss:

Unter dem Vorbehalt, dass die bezirksbezogenen Haushaltsmittel gem. § 37 Absatz 3 GO NRW für das Haushaltsjahr 2016/2017 in der bisherigen Höhe (52.200,- € jährlich) zur Verfügung gestellt werden, beschließt die Bezirksvertretung Ehrenfeld die Vergabe der bezirksorientierten Mittel für das Jahr 2016 wie folgt:

17	Förder- und Trägerverein Vee- delsmanagement Ehrenfeld e.V.	Theaterprojekt für bulgarische Jugendliche	1.500,00 €
18	AWO Kinder und Familienhaus Pfiffikus	Nachbarschaftsfest Parseval- und Zahmenhofstraße	1.000,00 €

21	Bürgervereinigung Köln-Ehrenfeld	3. Ehrenfelder Lichterfest	1.000,00 €
22	artmx e.V.	Bewegung im Blick – Kölner Fotografenszene der 70er und 80er Jahre	1.500,00 €
23	Interkulturelles Zentrum, Allersweltshaus	Fest ohne Grenzen	900,00 €
24	Jugendfreizeitwerk Köln e.V.	Interkulturelles Stadtteilstadtteilfest 2016	2.000,00 €
25	Jugendfreizeitwerk Köln e.V.	Olympia Ehrenfeld 2016	1.500,00 €
26	StadtBezirks-SportVerband 4 e.V.	3. Frühjahrsempfang mit Sportlerehrung im Stadtbezirk Ehrenfeld	1.500,00 €

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges und Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) nehmen nicht an der Abstimmung teil.

**9.3 Bürgerzentrum Ehrenfeld - sozialkulturelles Zentrum e.V.
Hier: Wahl der Parteienvertreter in den Vorstand des Trägervereins
1291/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Wirges übernimmt die Sitzungsleitung.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) benennt Herrn Dirk Schabram,

Frau Christiane Martin (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) benennt Frau Sabine Brinkmann,

Herr Berg (CDU-Fraktion) benennt Herrn Kurt Geuer

für die Wahl in den Vorstand des Trägervereins „Bürgerzentrum Ehrenfeld – sozialkulturelles Zentrum e.V.“

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld wählt gemäß § 5 Absatz 4 Satz 1 der Vereinsatzung

1. Herrn Dirk Schabram

2. Frau Sabine Brinkmann

3. Herrn Kurt Geuer

in den Vorstand des Trägervereins „Bürgerzentrum Ehrenfeld – sozialkulturelles Zentrum e.V.“.

Die Wahl erfolgt für den Zeitraum 13.05.2016 bis 12.05.2019.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Anhörungen und Stellungnahmen

10.1 Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie bzw. § 47 d BImSchG / Handlungs- und Maßnahmenkatalog der Firma LK-Argus für die weiteren Arbeiten zur Kölner Lärmaktionsplanung 2422/2015

**10.1.1 Änderungsantrag zu TOP 10.1: Lärmaktionsplanung (Vorlage 2422/2015)
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 08.03.2016
AN/0496/2016**

**10.1.2 Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 22.03.2016
AN/0540/2016**

**10.1.3 Änderungsantrag zu TOP 10.1: Lärmaktionsplanung (Vorlage 2422/2015)
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2016
AN/0721/2016**

Herr Krauß (Umwelt- und Verbraucherschutzamt) und Herr Reimann (Firma LK Argus) erläutern die Beschlussvorlage anhand einer PowerPoint-Präsentation (*Hinweis: Die Präsentation wurde den Mitgliedern der Bezirksvertretung Ehrenfeld im Nachgang zur Sitzung zugesandt.*). Herr Krauß weist unter anderem darauf hin, dass für die Umsetzung von Maßnahmen aus der Lärmaktionsplanung seitens EU, Bund und Land keine Finanzmittel bereitgestellt wurden.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) begründet den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Darüber hinaus regt sie an, die noch nicht umgesetzten Beschlüsse der Bezirksvertretung Ehrenfeld, die einen Bezug zum Thema Lärmaktionsplanung haben, in Zusammenarbeit mit der Verwaltung zu priorisieren beziehungsweise mit der Beschlussvorlage zu harmonisieren. Hierfür bietet sich aus ihrer Sicht die Verkehrskonferenz für den Stadtbezirk Ehrenfeld an.

Herr Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) kritisiert, dass für die Maßnahmen der Lärmaktionsplanung keine Finanzmittel zur Verfügung gestellt werden. Zur Umsetzung hält er Personalzusetzungen im Amt für Umwelt- und Verbraucherschutzamt sowie im Amt für Straßen und Verkehrstechnik für erforderlich. Im Übrigen begründet er den Änderungsantrag seiner Fraktion.

Herr Berg (CDU-Fraktion) äußert ebenfalls Kritik an der fehlenden Finanzierung und der zu geringen Personalausstattung. Er führt aus, dass seine Fraktion keine flä-

chendeckende Einführung von Tempo 30 unterstützen wird, dies sei differenzierter zu betrachten. Er beantragt daher Einzelabstimmung zu den vorliegenden Änderungs-/Ergänzungsanträgen.

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) begründet den Ergänzungsantrag seiner Fraktion.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) dankt für den Vortrag der Verwaltung und bittet ebenfalls um Einzelabstimmung zu den Änderungs- und Ergänzungsanträgen.

Herr Schuster (Deine Freunde) spricht sich für eine flächendeckende Einführung von Tempo 30 aus und weist darauf hin, dass in anderen Städten (zum Beispiel Berlin) Anwohnerinnen und Anwohner auf der Grundlage des Lärmaktionsplans erfolgreich auf die Realisierung von Tempo 30 geklagt haben. Er bittet die Verwaltung um Auskunft, ob Anwohnerinnen und Anwohner auch in Köln vor dem Hintergrund des Lärmaktionsplans klagen können.

Herr Krauß (Umwelt- und Verbraucherschutzamt) teilt hierzu mit, dass dies pauschal nicht beantwortet werden könne. Er weist jedoch darauf hin, dass es anders als bei der Luftreinhalteplanung im Zusammenhang mit der Lärmaktionsplanung nach EU-Umgebungslärmrichtlinie keine einklagbaren Grenzwerte gibt. Herr Reimann (LK Argus) ergänzt, dass es in Berlin auch Klagen gegen die Einführung von Tempo 30 gibt. Daher komme es auf den speziellen Einzelfall an.

Frau Bucher (SPD-Fraktion) bittet die Verwaltung darum, der Bezirksvertretung Ehrenfeld besser aufgelöste Karten für den Stadtbezirk Ehrenfeld zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren bittet Sie um Mitteilung, wie und wann die Umsetzung der Lärmaktionsplanung konkret weiter geht.

Herr Krauß (Umwelt- und Verbraucherschutzamt) sagt die Zusendung der gewünschten Karten zu (*Hinweis: Die Karten wurden den Mitgliedern der Bezirksvertretung im Nachgang zur Sitzung zugesandt.*) und führt im Übrigen aus, dass eine konkrete Umsetzung der im Maßnahmen- und Handlungskatalog beschriebenen Arbeitsprozesse erfolgen wird, wenn der Rat der Stadt Köln die Verwaltung per Beschluss mit der Fortführung und Umsetzung der Lärmaktionsplanung beauftragt hat.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt zunächst über die einzelnen Punkte der vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

Beschluss zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Bei dem in Anlage 2 (Tabelle 11) dargestellten Handlungs- und Maßnahmenkatalog werden die Verfahren zu den Handlungsebenen Qualität des Verkehrsflusses sowie zulässige Höchstgeschwindigkeit als 1. Priorität vor allen anderen Maßnahmen umgesetzt. Dazu gehört ein gesamtstädtisches Geschwindigkeitskonzept mit einer weitestgehenden Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30. Die Verfahren zu den Handlungsebenen Fahrbahnsanierung (Flüsterasphalt) sowie Informationen zur Straßenverkehrsplanung werden als 2. Priorität eingestuft.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Piraten-Fraktion zugestimmt.

2. Für die weiteren planerischen konzeptionellen Aufgaben und für die Koordination der zuständigen Ämter wird beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt eine zusätzliche Stelle eingerichtet. Außerdem sind zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs auch im Amt für Straßen und Verkehrstechnik entsprechende personelle Ressourcen zu schaffen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3. Das Programm „Abbau von Ampeln“ wird konsequenter und effektiver als in der Vergangenheit fortgeführt. Hierzu ist der Bezirksvertretung jährlich ein Informationsbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

4. Die BV Ehrenfeld ist über die Aufnahme der vorgenannten Änderungspunkte in den Handlungs- und Maßnahmenkatalog zeitnah zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE:

Bei dem in Anlage 2 (Tabelle 11) dargestellten Handlungs- und Maßnahmenkatalog wird dem Verfahren „17 Baulückenschließung“ der Handlungsebene städtebauliche Aspekte die Priorität Eins zugewiesen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Beschluss zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion:

1. Das gesamtstädtische Geschwindigkeitskonzept soll neben der Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 auch die Reduzierung von Tempo 70 auf 50 auf radialen und tangentialen Verbindungsstraßen mit überörtlicher Bedeutung betrachten.

Hier mahnt die Bezirksvertretung Ehrenfeld die Umsetzung ihres Beschlusses an, auf der Inneren Kanal Straße durchgängig Tempo 50 anzuordnen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Piraten-Fraktion zugestimmt.

2. Das auf Seite 26 angekündigte Straßenbaumkonzept für den Stadtbezirk Ehrenfeld ist der Bezirksvertretung zeitnah vorzulegen. Die Handlungsempfehlungen der LKA Argus datieren auf den 22. Januar 2015, bis heute wurde die Bezirksvertretung Ehrenfeld noch nicht informiert, dass ein solches Straßenbaumkonzept in Arbeit ist.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Piraten-Fraktion zugestimmt.

3. Bei den Handlungsbedarfen 2. Ordnung wird im Stadtbezirk Ehrenfeld die Vogelsanger Straße zwischen Äußere Kanalstraße und Helmholtzstraße angeführt. Daher ist dieses Teilstück bei der aktuellen Planung zur Erneuerung des zweiten Abschnitts der Vogelsanger Straße ab Ehrenfeldgürtel prioritär zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Piraten-Fraktion zugestimmt.

4. In 2011 wurde der Bezirksvertretung Ehrenfeld ein Konzept für „Alternative Betriebsformen“ zur Reduzierung von Ampeln (Lichtsignalanlagen) durch Einrichtung von Zebrastreife/Kreisverkehren vorgelegt.
Mit der Konzepterstellung für 9 von insgesamt 18 vorgeschlagenen Kreuzungsbereichen soll lt. einer Mitteilung der Verwaltung aus dem Jahr 2014 in 2016 begonnen werden. Die Bezirksvertretung möchte zur Reduzierung des Planungsaufwandes vorab im Dialog mit der Verwaltung eine eigene Priorisierung vornehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

5. Lärmschutz ist kein Luxusgut. Sofern bei der Priorisierung von Handlungsbedarfen die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung den Ausschlag geben sollten, ist zu berücksichtigen, dass es Veedel (Quartiere) gibt, in denen die aktuell praktizierten Beteiligungsverfahren die Bürger_innen nicht erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der FDP-Piraten-Fraktion zugestimmt.

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt den von der Firma LK-Argus erarbeiteten und als Anlage 1 beigefügten „Handlungs- und Maßnahmenkatalog zum Lärmaktionsplan der Stadt Köln“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:

1. die Lärmaktionsplanung zukünftig entsprechend der dort beschriebenen und in Tabelle 11 des Katalogs (siehe auch Anlage 2) zusammengefassten Verfahrensschritte und Prioritäten zu den einzelnen Handlungsebenen fortzuführen.
Ziel dieser Arbeiten ist es, in einem größtmöglichen Umfang konkrete Einzelmaßnahmen mit lärmindernder Wirkung herauszuarbeiten und dort umzusetzen, wo im Sinne der EU-Umgebungslärmrichtlinie Handlungsbedarf besteht. Mangels Mittelbereitstellung durch EU, Bund und Land müssen hierbei Instrumente aus bestehenden Tätigkeitsfeldern der Stadt genutzt werden, die lärm-

mindernde Effekte haben. Der finanzielle Rahmen wird dabei durch die städtische Haushaltslage bestimmt.

2. auf der Grundlage dieses Handlungs- und Maßnahmenkatalogs inklusive der dort in Tabelle 10 und Karte 7 (siehe auch Anlage 3) gelisteten ruhigen Gebiete als zentrales Element des Lärmaktionsplans die Offenlage des Lärmaktionsplanentwurfs vorzubereiten und durchzuführen.
3. als Zeitraum für die Durchführung der weiteren planerisch konzeptionellen Arbeiten beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt wird ein Zeitraum von 3 Jahren veranschlagt. Die hierfür benötigte Personalkapazität einer/s Technischen Angestellten, VGr. IVa/III BAT, wird im Rahmen einer geänderten Prioritätensetzung durch interne Umschichtung beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt bereitgestellt. Die einzelnen Tätigkeiten im Rahmen der Lärmaktionsplanung sind der Anlage 2 zu entnehmen.
Die erforderlichen Sachmittel in Höhe von max. 40.000 € werden aus den bereits veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 1401, Umweltordnung,- vorsorge, in der Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, ab dem Haushaltsjahr 2017, beim Amt für Umweltschutz, finanziert. Die Jahresergebnisse lassen einen erweiterten Spielraum erkennen. Es erfolgt derzeit keine Budgeterhöhung.
4. im Rahmen der Arbeiten zu den einzelnen Handlungsebenen gemäß den Anlagen 1 und 2 ist noch zu ermitteln, welche weiteren Personal- und Sachkosten bei anderen städtischen Dienststellen sowohl bei den planerisch konzeptionellen Arbeiten im Sinne des Handlungs- und Maßnahmenkatalogs sowie bei der Umsetzung der daraus resultierenden Einzelmaßnahmen anzusetzen sind. Dabei sind die personellen und finanziellen Konsequenzen dieser zusätzlichen Aufgaben konkret bezogen auf die betroffenen Ämter zu ermitteln und in Form einer entsprechenden gesonderten Beschlussvorlage dem Rat zur Entscheidung vorzulegen, damit mit der konkreten Umsetzung der Lärmaktionsplanung begonnen werden kann.
5. **Bei dem in Anlage 2 (Tabelle 11) dargestellten Handlungs- und Maßnahmenkatalog werden die Verfahren zu den Handlungsebenen Qualität des Verkehrsflusses sowie zulässige Höchstgeschwindigkeit als 1. Priorität vor allen anderen Maßnahmen umgesetzt. Dazu gehört ein gesamtstädtisches Geschwindigkeitskonzept mit einer weitestgehenden Reduzierung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30. Die Verfahren zu den Handlungsebenen Fahrbahnsanierung (Flüsterasphalt) sowie Informationen zur Straßenverkehrsplanung werden als 2. Priorität eingestuft.**
6. **Für die weiteren planerischen konzeptionellen Aufgaben und für die Koordination der zuständigen Ämter wird beim Umwelt- und Verbraucherschutzamt eine zusätzliche Stelle eingerichtet. Außerdem sind zur Umsetzung des Maßnahmenkatalogs auch im Amt für Straßen und Verkehrstechnik entsprechende personelle Ressourcen zu schaffen.**

7. Das Programm „Abbau von Ampeln“ wird konsequenter und effektiver als in der Vergangenheit fortgeführt. Hierzu ist der Bezirksvertretung jährlich ein Informationsbericht vorzulegen.
8. Die BV Ehrenfeld ist über die Aufnahme der vorgenannten Änderungspunkte in den Handlungs- und Maßnahmenkatalog zeitnah zu informieren.
9. Bei dem in Anlage 2 (Tabelle 11) dargestellten Handlungs- und Maßnahmenkatalog wird dem Verfahren „17 Baulückenschließung“ der Handlungsebene städtebauliche Aspekte die Priorität Eins zugewiesen.
10. Das gesamtstädtische Geschwindigkeitskonzept soll neben der Reduzierung der Höchstgeschwindigkeit auf Tempo 30 auch die Reduzierung von Tempo 70 auf 50 auf radialen und tangentialen Verbindungsstraßen mit überörtlicher Bedeutung betrachten.
Hier mahnt die Bezirksvertretung Ehrenfeld die Umsetzung ihres Beschlusses an, auf der Inneren Kanal Straße durchgängig Tempo 50 anzuordnen.
11. Das auf Seite 26 angekündigte Straßenbaumkonzept für den Stadtbezirk Ehrenfeld ist der Bezirksvertretung zeitnah vorzulegen. Die Handlungsempfehlungen der LKA Argus datieren auf den 22. Januar 2015, bis heute wurde die Bezirksvertretung Ehrenfeld noch nicht informiert, dass ein solches Straßenbaumkonzept in Arbeit ist.
12. Bei den Handlungsbedarfen 2. Ordnung wird im Stadtbezirk Ehrenfeld die Vogelsanger Straße zwischen Äußere Kanalstraße und Helmholtzstraße angeführt. Daher ist dieses Teilstück bei der aktuellen Planung zur Erneuerung des zweiten Abschnitts der Vogelsanger Straße ab Ehrenfeldgürtel prioritär zu berücksichtigen.
13. In 2011 wurde der Bezirksvertretung Ehrenfeld ein Konzept für „Alternative Betriebsformen“ zur Reduzierung von Ampeln (Lichtsignalanlagen) durch Einrichtung von Zebrastreife/Kreisverkehren vorgelegt.
Mit der Konzepterstellung für 9 von insgesamt 18 vorgeschlagenen Kreuzungsbereichen soll lt. einer Mitteilung der Verwaltung aus dem Jahr 2014 in 2016 begonnen werden. Die Bezirksvertretung möchte zur Reduzierung des Planungsaufwandes vorab im Dialog mit der Verwaltung eine eigene Priorisierung vornehmen.
14. Lärmschutz ist kein Luxusgut. Sofern bei der Priorisierung von Handlungsbedarfen die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung den Ausschlag geben sollten, ist zu berücksichtigen, dass es Veedel (Quartiere) gibt, in denen die aktuell praktizierten Beteiligungsverfahren die Bürger_innen nicht erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung von Herrn Dr. Fischer (CDU-Fraktion) zugestimmt.

10.2 Konzept Essbare Stadt Köln 0514/2016

10.2.1 Änderungsantrag: Gesamtkonzept Essbare Stadt Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 11.04.2016 AN/0672/2016

10.2.2 Konzept Essbare Stadt Köln (Vorlagen-Nr. 0514/2016) Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion DIE LINKE und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 18.04.2016 AN/0766/2016

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) dankt dem Amt für Landschaftspflege und Grünflächen für die Beschlussvorlage und weist darauf hin, dass es sich aus ihrer Sicht nicht um ein gesamtstädtisches Konzept, sondern um eine Aufzählung der stadtweit bestehenden Initiativen und Maßnahmen zum Thema essbare Stadt handelt.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges weist darauf hin, dass die Bezirksvertretung Nippes die Beschlussvorlage einstimmig abgelehnt hat mit der Begründung, dass es sich um eine rein bezirkliche Angelegenheit handelt.

Frau Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Ausführungen von Frau Bossinger an und begründet den gemeinsamen Änderungsantrag ihrer Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde).

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) erläutert den als Tischvorlage eingereichten Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und DIE LINKE sowie des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde).

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Ausschuss für Umwelt und Grün folgenden Beschluss zu fassen:

Der Ausschuss Umwelt und Grün beschließt das gesamtstädtische Konzept „Essbare Stadt“ und beauftragt die Verwaltung bei der Neuanlage von Grünanlagen, **der Umgestaltung von bereits bestehenden Grünanlagen, bei Ersatzpflanzungen** und der Gestaltung von Freiflächen, die **der Anpflanzung von essbaren Pflanzen zu berücksichtigen möglichst den Vorzug zu geben. Unter dem Begriff „essbare Pflanzen“ werden hierbei sowohl Obstbäume, als auch fruchttragende und für den menschlichen Verzehr geeignete Sträucher, Hecken und sonstige Kleingehölze verstanden.**

Um Diversität zu fördern und Kulturgut zu erhalten sind bevorzugt alte Sorten auszuwählen.

Den jeweiligen Bezirksvertretungen und dem Ausschuss Umwelt und Grün ist jährlich ein Bericht über die erfolgten Pflanzungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.3 Elektronischer Versand der Sitzungsunterlagen
Überführung des Evaluationsbetriebes in den Echtbetrieb
3516/2015**

Nach Beratung lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, den Ratsmitgliedern, den Mitgliedern der Bezirksvertretung und den stimmberechtigten Sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern, anstelle von Papierunterlagen den digitalen Zugriff auf die Sitzungsunterlagen mittels mobilen Endgeräten anzubieten.

Alle weiteren beratenden Mitglieder sollen die Möglichkeit erhalten, mit ihren Privatgeräten über eine Weblösung auf die Sitzungsunterlagen zugreifen zu können.

Die vom Rat entsandten Mitglieder in den Aufsichtsräten der städt. Beteiligungsgesellschaften sollen bei Vorliegen einer einheitlichen technischen Zugriffsmöglichkeit nur ein mobiles Endgerät erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von Frau Kaiser (CDU-Fraktion) und bei Enthaltung von Herrn Bezirksbürgermeister Wirges zugestimmt.

**10.4 Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
2877/2015**

**10.4.1 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zu 10.4 - Weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt bis 2020/21 ff.
Antrag der Fraktion DIE LINKE vom 18.04.2016
AN/0724/2016**

Herr Besser (Fraktion DIE LINKE) erläutert den Ergänzungsantrag seiner Fraktion.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) begrüßt den Ergänzungsantrag und erklärt, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen wird.

Frau Bucher (SPD-Fraktion) fragt nach, warum der Kindergarten SC West nicht in der Beschlussvorlage aufgeführt ist.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) spricht sich gegen den Ergänzungsantrag aus, da die aus ihrer Sicht schwierigen und sensiblen Planungen für das Heliosgelände aus ihrer Sicht zu weit fortgeschritten sind, um noch Änderungen vorzunehmen. Sie weist ausdrücklich darauf hin, dass sie selbstverständlich nicht gegen Kindergartenplätze ist. Gleichwohl wird sie aus den dargelegten Gründen gegen den Ergänzungsantrag der Fraktion DIE LINKE stimmen.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie auf dem Heliosgelände eine Kita eingerichtet werden kann, um eine Bildungslandschaft Helios in Ergänzung der inklusiven Universitätsschule zu entwickeln.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) und bei Enthaltung von Frau Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) zugestimmt.

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

(1) Vor dem Hintergrund, dass

- der Bedarf an Kindertagesbetreuung für unter 3-jährige Kinder nach den Ergebnissen der stadtweiten und repräsentativen Elternbefragung von Ende 2014/ Anfang 2015 bei rund 52% (Betreuungsplätze für unter 3-Jährige in Relation zu allen Kindern unter drei Jahren) und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 89: 11 liegt;
- die Zahl der unter 3-jährigen Kinder in Köln nach den Ergebnissen der neuen städtischen Bevölkerungsprognose von Mai 2015 von aktuell rund 30.800 weiter stark auf voraussichtlich knapp 33.200 in 2020 und knapp 34.000 in 2025 ansteigen wird. [Gleichzeitig wird für Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt ein Anstieg von aktuell rund 28.300 auf knapp 30.700 in 2020 und rund 31.800 in 2025 erwartet. Für die Folgejahre bis 2040 wird lediglich eine leichte Abschwächung der hohen Kinderzahlen erwartet (33.000 unter 3-Jährige und 31.200 Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt)]

beschließt der Rat den weiteren bedarfsgerechten Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige bei gesicherter Finanzierung in einem ersten Schritt mit einer Zielquote von zunächst 50% und einem Verhältnis von institutioneller Kindertagesbetreuung zu Kindertagespflege von 83: 17 bis zum Abschluss des Kindergartenjahres 2020/21 und in einem zweiten Schritt in einem „Feinschliff“ eine Versorgungsquote von 52% bei einem Verhältnis von 89: 11 in den Folgejahren. Der Rat beschließt mit Blick auf die steigenden Kinderzahlen außerdem

den weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für 3-Jährige und Ältere, um weiterhin eine gesamtstädtische Versorgungsquote von 100% und damit die Erfüllung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz dieser Altersgruppe gewährleisten zu können.

- (2) Der Rat erkennt an, dass es sich hierbei um eine sehr große gesamtstädtische Herausforderung handelt und beauftragt die Verwaltung, unter Beteiligung von relevanten Akteuren der Stadtgesellschaft nach Mitteln und Wegen zu suchen, die genannten ambitionierten Ziele zu erreichen. Hierfür sind zunächst zeitnah unter Beachtung des unter Punkt 4 in der Begründung dargelegten 6-Punkte-Plans die erforderlichen Maßnahmen zu identifizieren und festzulegen.
- (3) Der Rat beauftragt die Verwaltung weiter, dem Jugendhilfeausschuss wie bisher regelmäßig halbjährlich über den erreichten Ausbaustand zu berichten.
- (4) Der Rat beauftragt die Verwaltung außerdem, die weitere gesamtstädtische und teilräumliche Entwicklung des Bedarfs an Kindertagesbetreuung wie bislang genau zu beobachten und insbesondere auf der Grundlage der vorgesehenen Realisierung eines Trägerabgleichs der Elternanmeldungen im Rahmen geeigneter Datenverarbeitungs-Programme zu analysieren. Unter Umständen ist zu gegebener Zeit in der Zukunft eine erneute, repräsentative Elternbefragung in Erwägung zu ziehen.
- (5) Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt nach Maßgabe des jeweiligen Haushaltsplans. Die Verwaltung wird beauftragt, die stellenmäßigen Auswirkungen, die sich aus dem weiteren Ausbau der Kindertagesbetreuung für unter 3-Jährige und Ältere ergeben, verwaltungsseitig in die entsprechenden Stellenplanvorlagen mit aufzunehmen.
- (6) **Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie auf dem Heliosgelände eine Kita eingerichtet werden kann, um eine Bildungslandschaft Helios in Ergänzung der inklusiven Universitätsschule zu entwickeln.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der CDU-Fraktion.

10.5 Umbenennung der Gemeinschaftsgrundschule Kaiserescher Straße 5, 50935 Köln (Sülz) in "Heliosschule - Primarstufe - Inklusive Universitätsschule der Stadt Köln" 0909/2016

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) führt aus, dass sie die Schulumbenennung zeitlich zu früh findet, da die Heliosschule erst in sechs oder sieben Jahren in Ehrenfeld starten wird.

Frau Lottmann (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) begrüßt die Umbenennung bereits zum jetzigen Zeitpunkt, da hierdurch deutlich werde, dass die Heliosschule bereits heute in der Umsetzung ist.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt der Bezirksvertretung Lindenthal folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Lindenthal beschließt die Umbenennung der Gemeinschaftsgrundschule Kaiserescher Straße 5, 50935 Köln (Sülz), in

„**Heliosschule – Primarstufe – Inklusive Universitätsschule der Stadt Köln**“.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung von Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion).

**10.6 Zügigkeitserweiterung des Montessori-Gymnasiums Rochusstraße in Köln-Ehrenfeld zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0935/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW eine Zügigkeitserweiterung des Montessori-Gymnasiums Rochusstraße 145 in 50827 Köln-Ehrenfeld von 2 Zügen auf 4 Züge in der Sekundarstufe I und von 3 Zügen auf 6 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2016/17. Die Zügigkeitserweiterung erfolgt unter Nutzung frei werdender räumlicher Kapazitäten der nach Ratsbeschluss vom 16.12.2014 zum Schuljahr 2016/17 an den Schulstandort Borsigstraße umziehenden und zum Schuljahr 2017/18 auslaufend schließenden Montessori-Hauptschule Rochusstraße.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Zügigkeitserweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule Tollerstraße in Köln-Bocklemünd/ Mengenich zum Schuljahr 2016/17 nach § 81 Abs. 2 Schulgesetz Nordrhein-Westfalen
0941/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW eine Zügigkeitserweiterung der Max-Ernst-Gesamtschule Tollerstr. 16 in 50829 Köln-Bocklemünd/ Mengenich

genisch von 4 Zügen auf 5 Züge in der Sekundarstufe I und von 3 Zügen auf 4 Züge in der Sekundarstufe II zum Schuljahr 2016/17. Bis zur Fertigstellung des vorgesehenen Erweiterungsbaus können Unterrichtsräume in vorhandenen Gebäudeteilen, die perspektivisch ersetzt werden müssen, befristet weiter genutzt werden. Die räumlich-gebäudlichen Voraussetzungen der Zügigkeitserweiterung können damit erfüllt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.8 Umsetzung STEK Wohnen
hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau
1028/2015**

**10.8.1 Änderungsantrag zu TOP 10.8: Umsetzung STEK Wohnen; hier: Neue Flächen für den Wohnungsbau (Vorlage 1028/2015)
Gemeinsamer Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 12.04.2016
AN/0681/2016**

**10.8.2 Änderungsantrag Neue Flächen für den Wohnungsbau
Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten-Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) vom 18.04.2016
AN/0788/2016**

Herr Bezirksbürgermeister Wirges weist darauf hin, dass die Beratung der Anlage 3 zur Beschlussvorlage sowie Ziffer VI. des gemeinsamen Änderungsantrages der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) im nichtöffentlichen Sitzungsteil erfolgen wird.

Im Anschluss erläutert Herr König (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) die Beschlussvorlage 1028/2015, Neue Flächen für den Wohnungsbau, sowie die Mitteilung 0857/2017, Bericht zur kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040, anhand einer PowerPoint-Präsentation (*Hinweis: Die Präsentation wurde den Mitgliedern der Bezirksvertretung Ehrenfeld im Nachgang zur Sitzung zugesandt.*).

Herr Klemm (Bündnis 90/Die Grünen) bedankt sich bei der Verwaltung für den Vortrag. Er begründet den gemeinsamen Änderungsantrag seiner Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) und bittet hierzu um Zustimmung. Er hält es für eine große Herausforderung, den prognostizierten Bedarf zu 100% zu decken, andererseits bieten die Flächenvorschläge der Fraktionen wie zum Beispiel die Alsdorfer Straße und das ehemalige Schlachthofgelände großes Potenzial. Er regt des Weiteren an, die Flächenpässe zukünftig auch öffentlich zu diskutieren, um die künftigen Entwicklungen für die Bürgerinnen und Bürger transparent zu machen.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) teilt mit, dass ihre Fraktion den eingereichten Änderungsanträgen zustimmen wird. Sie legt Wert darauf, dass Wohnraum bezahlbar ist und nicht nur gut situierte Haushalte die Möglichkeit haben, in Köln zu leben. Dies

muss aus ihrer Sicht verstärkt durch die Politik gesteuert werden, indem weniger Bauvorhaben nach § 34 BauGB zugelassen und verstärkt Bebauungspläne aufgestellt werden.

Herr Dr. Fischer (CDU-Fraktion) bittet die Verwaltung nochmals zu erläutern, worin die wesentlichen Unterschiede der verschiedenen Varianten zur Prognose des Bevölkerungswachstums bestehen. Außerdem bittet er um Mitteilung, ob es seitens der Stadt Köln Ideen zur Kooperation mit den Umlandgemeinden gibt.

Herr König (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) antwortet hierzu, dass die Verwaltung die Variante 1 der städtischen Prognose für ihre weiteren Überlegungen zugrunde legt. Die Einwohnerprognose des IT.NRW schreibt die Bevölkerungsentwicklung der Jahre 2011 bis 2013 linear und mit hohen Wanderungsgewinnen bis zum Jahr 2040 fort. Dem gegenüber geht die Stadt Köln in ihrer Prognose unter Berücksichtigung der Babyboomer-Generation von der Annahme aus, dass die Wachstumskurve ab dem Jahr 2025 flacher werden wird.

Zur Frage der Kooperation mit den Umlandgemeinden wurde im Stadtentwicklungskonzept Wohnen das strategische Ziel einer regionalen Zusammenarbeit definiert. Hierzu hat die Stadt Köln bereits Gespräche mit den links- und rechtsrheinischen Umlandgemeinden aufgenommen und seitens des Landes NRW sind sogenannte Regionalkonferenzen geplant.

Herr Petri (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass das Hauptproblem nach seiner Einschätzung in der viel zu geringen Geschwindigkeit, mit der Wohnbebauung im Stadtbezirk Ehrenfeld realisiert wird, liegt. Unter Verweis auf die Antworten der Verwaltung zu den Anfragen 6.2 und 7.1 benennt er beispielhaft die im Rahmen des Wohnungsbauprogramms 2015 seit langem geplanten Bauvorhaben Rochusplatz und Alsdorfer Straße.

Herr König (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) erläutert, dass in den letzten zehn Jahren circa 2.900 Wohnungen durchschnittlich pro Jahr gebaut wurden. Im Jahr 2014 wurden 3.600 Wohnungen gebaut, in 2015 ist eine weitere Steigerung erfolgt.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) spricht sich nochmals ausdrücklich für eine Wohnbebauung an der Alsdorfer Straße aus und fordert die Verwaltung auf, dieses Vorhaben wieder aufzugreifen. Im Übrigen erklärt sie, dass sie dem Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde) nicht zustimmen wird, da sie wohnortnahe Einkaufsmöglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger für erforderlich hält und aus diesem Grund insbesondere Ziffer V des Änderungsantrages nicht mittragen kann.

Herr Schuster (Deine Freunde) bittet die Verwaltung um Mitteilung, warum die Prognose des Bundes zur Entwicklung der Bevölkerungszahlen deutlich geringer ausfällt als die Prognose der Stadt Köln.

(Hinweis:

Die Frage von Herrn Schuster wurde im Nachgang zur Sitzung durch das Amt für Stadtentwicklung wie folgt beantwortet:

Die „Raumordnungsprognose 2035 nach dem Zensus“ (siehe BBSR-Analysen Kompakt 5/2015) des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) prognostiziert Bevölkerungszahlen für Köln von 2013 bis 2035. Die Ergebnis-Zahlen fallen im Vergleich zu den von der Stadt Köln prognostizierten Zahlen (erstes Prognosejahr ist hier 2015) niedriger aus, weil die Annahmen zum Wanderungsgeschehen

(Zu- und Fortzüge) beim BBSR auf einem vergleichsweise langen Referenzzeitraum beruhen:

- *Das BBSR stützte sich auf einen Zeitraum von 13 Jahren (2000-2012), um daraus abgeleitet Annahmen zur zukünftigen Entwicklung zu treffen.*
- *Dagegen ist der Referenzzeitraum der Prognose der Stadt Köln deutlich kürzer: Er umfasst vier Jahre (2010-2013).*

Dadurch wurden bei der Annahmen-Setzung der Stadt Köln die in der jüngeren Vergangenheit stark gestiegenen Zuzüge nach Köln deutlich stärker berücksichtigt als dies beim BBSR der Fall war.

Weitere Informationen zur Raumordnungsprognose des BBSR finden sich hier:

http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumbeobachtung/UeberRaumbeobachtung/Komponenten/Raumordnungsprognose/raumordnungsprognose_node.html

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge abstimmen.

**Beschluss zum gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde)
(ohne Ziffer VI, hierzu erfolgt die Beschlussfassung im nichtöffentlichen Teil)**

Dem Beschlussentwurf der Verwaltung wird mit folgenden Ergänzungen zugestimmt:

- IV. Die Verwaltung wird beauftragt, den politischen Gremien des Rates und der Bezirke umgehend eine Übersicht über die in Planung befindlichen und der als Reserven vorgesehenen Gewerbeflächen vorzulegen.
- V. Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere solche Flächen auch für Wohnungsbau ins Auge zu fassen, die momentan als Standorte für Lebensmitteldiscounter, Waschanlagen, Lagerräume oder ähnliche gewerbliche Einrichtungen sowie Parkplätze mindergenutzt werden. Sie wird beauftragt, Gespräche mit den Eigentümern und Nutzern zu führen, um Möglichkeiten auszuloten, dort zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.
- VI. *Beschlussfassung erfolgt im nichtöffentlichen Teil*
- VII. Die BV Ehrenfeld ist über die Aufnahme der vorgenannten Ergänzungen in das Stadtentwicklungskonzept Wohnen zeitnah zu informieren.
- VIII. Die Verwaltung wird beauftragt, eine gesamtstädtisch-ökologische und klimaschutz-relevante Perspektive bei der Flächenrecherche anzulegen und insbesondere Garten- oder grüne Erholungsflächen daher nicht zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme von Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) und bei Enthaltung von Frau Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) zugestimmt.

Beschluss zum gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE, der FDP-Piraten-Fraktion und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde):

Dem Beschlusssentwurf wird mit folgender Änderung zugestimmt:

Für den Stadtbezirk Ehrenfeld wird die Fläche Alsdorfer Straße, Projekt W 401-014 aus dem Wohnungsbauprogramm 2015 bzw. Maßnahme 1.4 des Rahmenplans Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld, erneut insbesondere für sozial geförderten Wohnungsbau vorgesehen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Im Anschluss lässt Herr Bürgermeister Wirges über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen:

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

- I. Der Rat nimmt das Ergebnis der Flächenrecherche für weiteren Wohnungsneubau zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung:
 - a) für die planbedürftigen Flächen bei Mitwirkungsbereitschaft der Eigentümer die notwendigen Bauleitplanverfahren nach BauGB einzuleiten und dabei die angestrebte Wohnnutzung mit allen Belangen einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung, wie u.a. der infrastrukturellen (z.B. der Sport- und Bildungsinfrastruktur), der freiraumplanerischen und umweltschützenden Anforderungen/Ziele, in Einklang zu bringen.
 - b) auf eine Bebauung der nicht planbedürftigen baureifen Flächen hinzuwirken und in diese Mobilisierungsbemühungen auch die Schließung der noch offenen Baulücken aus dem ehemaligen städtischen Baulückenprogramm zu integrieren. Eine Kooperation mit dem Kölner Haus- und Grundbesitzerverein ist anzustreben.
Ggfs. erforderliche Personalzusetzungen werden mit separater Vorlage zur Beschlussfassung vorgelegt.
- II. Die privaten Grundstückseigentümer sind nach der Beschlussfassung des Rates möglichst in Zusammenarbeit mit dem Haus- und Grundbesitzerverein anzusprechen.
- III. Die Verwaltung wird beauftragt, jährlich über den Stand der Umsetzung zu berichten.
- IV. **Die Verwaltung wird beauftragt, den politischen Gremien des Rates und der Bezirke umgehend eine Übersicht über die in Planung befindlichen und der als Reserven vorgesehenen Gewerbeflächen vorzulegen.**
- V. **Die Verwaltung wird beauftragt, insbesondere solche Flächen auch für Wohnungsbau ins Auge zu fassen, die momentan als Standorte für Lebensmitteldiscounter, Waschanlagen, Lagerräume oder ähnliche gewerbliche Einrichtungen sowie Parkplätze mindergenutzt werden. Sie wird be-**

auftrag, Gespräche mit den Eigentümern und Nutzern zu führen, um Möglichkeiten auszuloten, dort zusätzlichen Wohnraum zu schaffen.

VI. *Beschlussfassung erfolgt im nichtöffentlichen Teil*

VII. Für den Stadtbezirk Ehrenfeld wird die Fläche Alsdorfer Straße, Projekt W 401-014 aus dem Wohnungsbauprogramm 2015 bzw. Maßnahme 1.4 des Rahmenplans Braunsfeld/Müngersdorf/Ehrenfeld, erneut insbesondere für sozial geförderten Wohnungsbau vorgesehen.

VIII. Die BV Ehrenfeld ist über die Aufnahme der vorgenannten Ergänzungen in das Stadtentwicklungskonzept Wohnen zeitnah zu informieren.

IX. Die Verwaltung wird beauftragt, eine gesamtstädtisch-ökologische und klimaschutz-relevante Perspektive bei der Flächenrecherche anzulegen und insbesondere Garten- oder grüne Erholungsflächen daher nicht zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei Enthaltung von Frau Kaiser (CDU-Fraktion), Herrn Dr. Fischer (CDU-Fraktion) und Frau Lantzen (FDP-Piraten-Fraktion) zugestimmt.

**10.9 Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen)
hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
2924/2015/1**

**10.9.1 Änderungsantrag zu TOP 10.9, Umsetzung Stadtentwicklungskonzept Wohnen (STEK Wohnen); hier: Beschleunigung von Bauleitplanverfahren
Antrag der SPD-Fraktion vom 13.04.2016
AN/0731/2016**

Frau Rheinschmidt (Stadtplanungsamt) erläutert die Beschlussvorlage mündlich. Zu Modell B (Turbovariante) weist sie darauf hin, dass hier nur noch der Satzungsbeschluss vorgesehen ist, der als einziger politischer Beschluss nicht entfallen kann, da er gesetzlich vorgeschrieben ist.

Frau Bossinger (SPD-Fraktion) begrüßt grundsätzlich alle Möglichkeiten zur Beschleunigung von Bauleitplanverfahren und erläutert den Änderungsantrag ihrer Fraktion. Sie führt hierzu unter anderem aus, dass die lange Verfahrensdauer aus Ihrer Sicht oftmals nicht auf die Beratung in den politischen Gremien, sondern auf die verwaltungsinternen Abläufe zurückzuführen ist. Sie bittet daher um Zustimmung zum Änderungsantrag ihrer Fraktion.

Herr Klemm (Bündnis 90/Die Grünen) schließt sich den Ausführungen von Frau Bossinger an und erklärt, dass seine Fraktion dem Änderungsantrag zustimmen wird. Als Beispiel für eine Verfahrensverzögerung, die aus seiner Sicht ausschließlich der Verwaltung zuzurechnen ist, führt er das Bauvorhaben Rochusplatz an, hier sei seit 1 ½ Jahren keine Entwicklung mehr zu beobachten. Dies sei sehr wohl als Kritik an der Verwaltung zu verstehen, die auch ihren Teil dazu beitragen müsse, dass Bauvorhaben in Zukunft schneller realisiert werden.

Herr Berg (CDU-Fraktion) lehnt die Beschlussvorlage in Gänze ab, da nur die Beteiligung der Politik zurückgefahren werde und Verwaltungsabläufe unverändert bestehen bleiben. Dies bewerte er als eine einseitige Bevorzugung und lehnt dies aus diesem Grunde ab.

Herr Petri (Fraktion DIE LINKE) bewertet die Beschlussvorlag der Verwaltung als „Schattenboxerei“, da die Verwaltung lediglich den Eindruck erzeuge, dass durch eine Straffung der politischen Beschlussfassungen eine Verfahrensbeschleunigung erzeugt werde. Er weist auf die unter TOP 7.1.1. erfolgte Antwort der Verwaltung zum Sach- und Planungsstand der Wohnungsbauvorhaben im Stadtbezirk Ehrenfeld hin. Die Verzögerungen bei den dort aufgeführten Baumaßnahmen seien in allen Fällen – aus unterschiedlichsten Gründen – auf die Verwaltung und nicht auf Versäumnisse der Politik zurückzuführen. Die Fraktion DIE LINKE schließt sich daher dem Votum der CDU-Fraktion an.

Frau Pöttgen (FDP-Piraten-Fraktion) hält es für erforderlich, dass sich Politik und Verwaltung gemeinsam für eine Beschleunigung des Verfahrens einsetzen und beide Seiten hierzu ihren Beitrag leisten. Ihre Fraktion werde sich der Beschlussvorlage daher in der von der SPD-Fraktion vorgeschlagenen geänderten Fassung anschließen.

Herr Mayer (Bürgeramt Nippes) weist darauf hin, dass die Verwaltung mit der Beschlussvorlage nicht beabsichtige, der Politik die Verantwortung bzw. die Schuld für Verzögerungen bei Baumaßnahmen zuzuspielen. Vielmehr gebe es mehrere Akteure und Elemente, die das Tempo bei Bauleitplanverfahren beeinflussen, und auch die Verwaltung wird – wie in der Vorlage zum Ausdruck gebracht – unabhängig von der Beschlussfassung die internen Verfahrensabläufe optimieren und einen Beitrag zur Beschleunigung des Verfahrens leisten. Herr Mayer bittet daher um Zustimmung zu der Beschlussvorlage.

Herr Bezirksbürgermeister Wirges lässt zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt zu der o.a. Beschlussvorlage Stellung und regt an, dass der Rat diese bei seiner Entscheidung berücksichtigen möge.

1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld begrüßt alle sinnvollen Möglichkeiten zur Verkürzung von Bauleitverfahren. Damit wird ein wesentlicher Beitrag geleistet, das wachsende Defizit an - insbesondere bezahlbarem - Wohnraum in Köln auszugleichen.
Dies darf aber nicht zu einer Aushöhlung der Beteiligungsrechte der politischen Gremien und der Bürger_innen führen.
2. Auf Grundlage der in Anlage 1 dargestellten tabellarischen Übersicht, Modell A (Beschlussempfehlung) schlägt die BV-Ehrenfeld folgende Änderungen vor:
Zu 1 „Zeitersparnis durch Entfall politischer Beschlüsse“
 - a.) Aufstellungsbeschluss und
 - b.) frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Bezirksvertretung verzichtet an dieser Stelle nicht auf ihre Beteiligungsrechte.

Das Zusammenlegen beider Verfahrensschritte ist sinnvoll. Es ist zu prüfen, ob an dieser Stelle die unter 2 beschriebene flexible Beratungsreihenfolge sinnvoll ist.

c.) Ergebnis frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und

d.) Vorgabenbeschluss

können wie beschreiben zusammengefasst werden.

e.) Offenlagebeschluss

Hier steht „entfällt“, in Anlage 3 heißt es dem gegenüber, es soll eine Mitteilung an SteA und Bezirksvertretung geben. Die Bezirksvertretung ist einverstanden, sofern sie per Mitteilung informiert wird.

3. Die Verwaltung möge darstellen wie künftig z. B. der Gestaltungsbeirat und ggf. Sanierungs- /Rahmenplanungsbeiräte in den Verfahrensablauf eingebunden werden sollen.
4. Insgesamt sollen durch das beschleunigte Verfahren zwischen 3 und 5 Monaten eingespart werden. B-Planverfahren dauern aber oft viele Jahre und das liegt nicht (nur) an den Beschlüssen der politischen Gremien und auch nicht an einer gelebten Beteiligungskultur, sondern spielt sich – dies ohne jede Wertung gesagt - ganz überwiegend innerhalb der Verwaltung ab.

In der Beschlussvorlage wird die Komplexität von B-Planverfahren beschrieben, es werden aber keine konkreten Maßnahmen zur Optimierung benannt.

Die Bezirksvertretung erwartet, dass die Verwaltung ihre Abläufe ebenfalls auf Möglichkeiten der Zeitersparnis hin untersucht und das Ergebnis vorstellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und bei Enthaltung der Fraktion DIE LINKE zugestimmt.

Im Anschluss lässt Herr Bezirksbürgermeister Wirges über den ergänzten Beschlussvorschlag abstimmen.

Geänderter Beschluss:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, dass zur Beschleunigung von Bauleitplanverfahren künftig wie Modell A zu verfahren ist.

Ergänzung:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt zu der o.a. Beschlussvorlage Stellung und regt an, dass der Rat diese bei seiner Entscheidung berücksichtigen möge.

- 1. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld begrüßt alle sinnvollen Möglichkeiten zur Verkürzung von Bauleitverfahren. Damit wird ein wesentlicher Beitrag geleistet, das wachsende Defizit an - insbesondere bezahlbarem - Wohnraum in Köln auszugleichen.**

Dies darf aber nicht zu einer Aushöhlung der Beteiligungsrechte der politischen Gremien und der Bürger_innen führen.

2. Auf Grundlage der in Anlage 1 dargestellten tabellarischen Übersicht, Modell A (Beschlussempfehlung) schlägt die BV-Ehrenfeld folgende Änderungen vor:

Zu 1 „Zeitersparnis durch Entfall politischer Beschlüsse“

c.) Aufstellungsbeschluss und

d.) frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit

Die Bezirksvertretung verzichtet an dieser Stelle nicht auf ihre Beteiligungsrechte.

Das Zusammenlegen beider Verfahrensschritte ist sinnvoll. Es ist zu prüfen, ob an dieser Stelle die unter 2 beschriebene flexible Beratungsreihenfolge sinnvoll ist.

c.) Ergebnis frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung und

d.) Vorgabenbeschluss

können wie beschreiben zusammengefasst werden.

e.) Offenlagebeschluss

Hier steht „entfällt“, in Anlage 3 heißt es dem gegenüber, es soll eine Mitteilung an SteA und Bezirksvertretung geben. Die Bezirksvertretung ist einverstanden, sofern sie per Mitteilung informiert wird.

3. Die Verwaltung möge darstellen wie künftig z. B. der Gestaltungsbeirat und ggf. Sanierungs- /Rahmenplanungsbeiräte in den Verfahrensablauf eingebunden werden sollen.

4. Insgesamt sollen durch das beschleunigte Verfahren zwischen 3 und 5 Monaten eingespart werden. B-Planverfahren dauern aber oft viele Jahre und das liegt nicht (nur) an den Beschlüssen der politischen Gremien und auch nicht an einer gelebten Beteiligungskultur, sondern spielt sich – dies ohne jede Wertung gesagt - ganz überwiegend innerhalb der Verwaltung ab.

In der Beschlussvorlage wird die Komplexität von B-Planverfahren beschrieben, es werden aber keine konkreten Maßnahmen zur Optimierung benannt.

Die Bezirksvertretung erwartet, dass die Verwaltung ihre Abläufe ebenfalls auf Möglichkeiten der Zeitersparnis hin untersucht und das Ergebnis vorstellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zugestimmt.

**10.10 Stilllegung der städtischen Altdeponie Butzweiler Straße in Köln
Ossendorf
Hier: Bauleistungen zur Herstellung der Oberflächenabdichtung
0270/2016**

Die Beschlussvorlage wurde verfristet vorgelegt und wird daher zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 06.06.2016 geschoben.

**10.11 Sportanlage Kolkrabenweg in Köln-Vogelsang
hier: Generalsanierung der Sportanlage Kolkrabenweg in Köln-
Vogelsang mit Errichtung eines Kunstrasenspielfeldes
0983/2016**

Die Beschlussvorlage wurde verfristet vorgelegt und wird daher zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 06.06.2016 geschoben.

11 Mitteilungen des Bezirksbürgermeisters

12 Mitteilungen der Verwaltung

**12.1 Information der Bezirksvertretungen über die Fällung städtischer Bäume im Zuständigkeitsbereich des Amtes für Landschaftspflege und Grünflächen
0112/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.2 Bericht zur Kleinräumigen Bevölkerungsprognose für Köln 2015 bis 2040
0857/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.
Im Übrigen wird auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 10.8 verwiesen.

**12.3 Optimierung Radverkehrsführung Melatengürtel
hier: Gemeinsamer Antrag der SPD-Fraktion; der Fraktion Bündnis90/Die Grünen und des Einzelvertreters Schuster (Deine Freunde)
zur Sitzung der Bezirksvertretung Ehrenfeld am 02.02.2015, TOP 8.1
0946/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.4 Mitteilung über erfolgte Beschlussfassungen des Jugendhilfeausschusses
0919/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.5 Benennung von Straßen und Plätzen innerhalb Kölns - Vorschlag der StadtAG Lesben, Schwule und Transgender sowie des Ausschusses für Anregungen und Beschwerden
0887/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.6 Projektantrag der Stadt Köln im Rahmen des Bundesprogramms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur" nicht für eine Förderung ausgewählt
0999/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.7 Wahl der Seniorenvertretung der Stadt Köln 2016
1031/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.8 Bericht des Behindertenbeauftragten 02/2016
0461/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

Herr Klemm (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, ob bei der für Anfang Mai gemeinsam mit dem Sozialraumkoordinator und der Bickendorfer Interessengemeinschaft geplanten Begehung von Geschäften an der Venloer Straße eine Teilnahme der Fraktionen der Bezirksvertretung Ehrenfeld möglich ist.

**12.9 Sanierung Bürgerzentrum Ehrenfeld
1196/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

**12.10 Abriss des ehem. Verwaltungsgebäudes der Herbig-Haarhaus AG
1315/2016**

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld nimmt die Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

13 mündliche Anfragen

Gez. Josef Wirges
(Bezirksbürgermeister)

Gez. Armin Schall
(Schriftführer)